

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Haussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d

## Inhalt

Hans-Jochen Vogel würdigt  
Marie Schlei: Ihr Beispiel  
wird weiterwirken.  
Seite 1

Willy Brandt erinnert an  
den 23. Mai als Tag dop-  
pelter Verpflichtung: Ver-  
fassungstag der Bundesre-  
publik - 120 Jahre Sozial-  
demokratie. Seite 3

Wolfgang Clement: Der CDU-  
Parteitag feiert, die  
Probleme bleiben liegen.  
Seite 4

Günter Verheugen MdB for-  
dert, die innere Ordnung  
Südafrikas auf die Tages-  
ordnung der Weltpolitik  
zu bringen: Schluß mit den  
schönen Worten!  
Seite 6

### Dokumentation

Hans-Jochen Vogel auf dem  
Internationalen Pfingst-  
treffen der Jungsoziali-  
sten in Dachau: Das Stimm-  
kreuz für Hitler wurde  
zum Grabkreuz (Teil I).  
Seite 7

38. Jahrgang / 97

24. Mai 1983

Ihr Beispiel wird weiterwirken  
-----

Marie Schlei trat unermüdlich für Gerechtigkeit und  
Chancengleichheit ein

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB

Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Mit Marie Schlei verliert die Sozialdemokratische Partei  
Deutschlands einen Menschen, der den Grundsatz der Soli-  
darität nicht nur dem politischen Wirken vorangestellt,  
sondern ihn auch in vorbildlichem Maße vorgelebt hat.  
Ihre Mütterlichkeit und ihre herzliche Wärme werden denen,  
die sie erlebt haben, unvergessen bleiben. Der Mensch,  
vor allem die Ärmsten und Schwächsten der Gesellschaft,  
standen im Mittelpunkt des Wollens und Handelns der  
Sozialdemokratin, die seit 1949 der Partei treu verbun-  
den war.

Ihr soziales Gewissen, ihre direkte und aufrichtige Herz-  
lichkeit und Ihr Sinn für die Realität ließen Marie  
Schlei sich nicht nur der Sorgen und Nöte derer, die sie  
darum baten, annehmen, sondern auch auf den Menschen,  
der die Hilfe bedurfte, ohne Wenn und Aber zugehen. Des-  
halb war ihr Einsatz im sozialpolitischen Bereich, in

dem sie jahrelang für die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion und bis zuletzt in der Berliner Partei tätig war, beispielhaft und erfolgreich.

Unermüdliches Eintreten für Gerechtigkeit und Chancengleichheit haben ebenso ihre Amtstätigkeit als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit geprägt, die unter dem Leitgedanken stand, das Verständnis für die Länder der Dritten Welt in der Bevölkerung zu fördern.

Marie Schlei hat sich den Respekt und die Anerkennung der Partei dadurch erworben, daß sie aus eigener Kraft und dank ihrer Fähigkeit, die Erfahrungen ihres eigenen, oft schwierigen Lebens einzubringen und für sich und andere nutzbar zu machen, das politische Handwerk erlernte. Damit wuchs sie - wie nur wenige Frauen - hinein in immer größere politische Verantwortung: Von 1969 bis 1981 Bundestagsabgeordnete, übernahm Marie Schlei unter Helmut Schmidt das Amt der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundeskanzleramt. Danach war sie zwei Jahre Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Bevor sie wegen ihrer Krankheit aus dem Parlament ausschied, war Marie Schlei Vorsitzende des Arbeitskreises Außenpolitik und stellvertretende Vorsitzende der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion.

Marie Schlei hat mit großer Tapferkeit lange einer heimtückischen Krankheit widerstanden.

Partei und Fraktion schulden ihr und ihren Angehörigen großen Dank und die Verpflichtung, ihr Beispiel in der Tradition der Sozialdemokraten wirken zu lassen.

(-/24.5.1983/vo-he/ca)

+

+

+



**Eine doppelte Verpflichtung**  
-----

23. Mai 1983 - Verfassungstag der Bundesrepublik - 120 Jahre Sozialdemokratie

Von Willy Brandt MdB

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Am 23. Mai 1863 gründeten Ferdinand Lassalle und zwölf Delegierte aus Mittel- und Norddeutschland in Leipzig den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. Das Datum steht für den Beginn der nationalen Organisation der Arbeiterbewegung in unserem Land.

Der 23. Mai 1863 war ein Hoffnungszeichen. Die Ansätze zu einer demokratischen und sozialistischen Bewegung der Arbeiterschaft, die in der 1848er Revolution aufgekümmert waren, hatten - das erwies sich nun - unter der Reaktion zwar gelitten, aber sie waren nicht zerstört worden. Drei Jahre später schufen Wilhelm Liebknecht und August Bebel die Sächsische Volkspartei, die sie 1869 in Eisenach zur Sozialdemokratischen Volkspartei erweiterten. 1875 gingen Eisenacher und Lassalleaner in Gotha zusammen und bildeten die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, die sich nach dem Ende des Sozialistengesetzes den bis heute gültigen Namen gab: Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Der demokratische und sozialistische Elan der deutschen Arbeiterschaft war nun nicht mehr zu zerstören. Mit der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins war vielmehr ein Aufschwung der Arbeiterbewegung eingeleitet worden, der nicht nur die Träger und Nutznießer der alten Ordnung in Erstaunen versetzte, bisweilen bestürzte, sondern auch die Organisatoren selbst überraschte. Am Vorabend des Ersten Weltkrieges war die Sozialdemokratie stärkste Partei im Reichstag.

Eine soziale, demokratische Verfassung, schon 1848 und zu Lassalles Zeiten eines der ersten Ziele der Arbeiterbewegung, wurde nach 1918 unter maßgeblicher Anteilnahme der SPD verwirklicht. Die Verfassung von Weimar allein reichte nicht aus, dem deutschen Faschismus den Weg an die Macht zu verbauen. Gleichwohl war mit ihr eine politisch-rechtliche Tradition geschaffen, an die man nach dem Zweiten Weltkrieg in Herrenchiemsee und im Parlamentarischen Rat anknüpfen konnte. Daß die Zweite Republik nicht Staatenbund, sondern Bundesstaat wurde, daß sie am 23. Mai 1949 als freiheitliche und soziale Demokratie entstand, ist das bleibende Verdienst der Sozialdemokratischen Partei.

So hat der 23. Mai für die SPD doppelten Erinnerungswert. Zugleich legt er uns eine doppelte Verpflichtung auf. Auch wenn es etwas aus der Mode gekommen ist, von der Arbeiterbewegung zu sprechen, wird man nicht sagen können, daß der historische Auftrag der Arbeiterbewegung erfüllt sei. Den freiheitlichen und sozialen Verfassungsauftrag zu schützen und zu erweitern, damit die Sozialdemokratie auch in Zukunft die Interessen der arbeitenden Menschen wahren und der Sehnsucht unseres Volkes nach einem Leben in Frieden, ohne materielle und geistige Not, gerecht werden kann - das ist die uns gestellte, durchaus aktuelle Aufgabe der 80er Jahre und darüber hinaus.  
(-/24.5.1983/vb-he/ca)

+ + +



### Widersprüchliches Erscheinungsbild

---

Der CDU-Parteitag feiert, die Probleme bleiben liegen

Von Wolfgang Clement

Sprecher des SPD-Parteivorstands

Der Öffentlichkeit dürfte in den nächsten beiden Tagen das Schauspiel eines CDU-Parteitages geboten werden, auf dem nichts so wichtig zu sein scheint, als den Wahlerfolg der Union vom 6. März zu feiern. So haben es die Dramaturgen des Kölner Kongresses jedenfalls programmiert: Als eine etwas verspätete Siegesfeier, so recht nach dem Herzen des Bundeskanzlers, auf dem mehr nebenbei auch über so lästige Themen wie die Frage der Rentensanierung oder der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit debattiert wird, ohne daß etwas beschlossen werden sollte.

Auch wer der Union den Spaß an der Freud, von dem man ja in Köln am Rhein einiges versteht, nicht verleiden will, der wird zwischen der äußeren Anlage dieses Parteitages und den Aufgaben und Problemen, aber auch dem öffentlichen Erscheinungsbild der Bonner Koalition erhebliche Widersprüche entdecken. Im Alltag der großen Schwierigkeiten, mit denen wir zu kämpfen haben, und der inneren Widersprüche, mit denen sich das Dreierbündnis aus CDU, CSU und FDP herumschlägt, wirkt der Unions-amtliche Optimismus inzwischen kräftig aufgetragen.

Die Tatsache, daß CDU, CSU und FDP auf Druck von Franz Josef Strauß heute öffentlich über die Einrichtung eines Krisenmanagements streiten, charakterisiert auf anschauliche Weise, auf welch wackeligen Füßen der politische Führungsanspruch dieser Koalition und der ihres Bundeskanzlers steht. Doch die Sachprobleme sind noch gewichtiger:

- Der Entwurf für den Bundeshaushalt 1984, den Finanzminister Stoltenberg soeben vorlegte, ist insgesamt enttäuschend: Er enthält keinerlei Ansätze zu einer wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, nicht zur Überwindung der Stagnation und keinen



Beitrag zum notwendigen Strukturwandel unserer Wirtschaft. Er basiert stattdessen auf der vagen Hoffnung, Steuersenkungen für die Unternehmen führten zu mehr Investitionen - tatsächlich werden es allenfalls Rationalisierungsinvestitionen sein; und ein Rückzug des Staates sei ein Beitrag zur Überwindung der ökonomischen Probleme - tatsächlich handelt es sich um die Verabschiedung der Politik aus ihrer Verantwortung, die Wirtschaftskrise mitgestaltend zu lösen.

- Die vorgesehenen Sparmaßnahmen im sozialen Bereich entpuppen sich als ein Sammelsurium von unsystematischen Eingriffen zu Lasten der Schwächeren ins soziale Netz, aber auch in die private Nachfrage und in arbeitsmarktpolitisch sinnvolle Regelungen. Wieder werden Belastungen zwischen den einzelnen Trägern sozialer Sicherungssysteme hin- und hergeschoben. Dazu gesellen sich, entgegen allen Wahlversprechen der Union, Erhöhungen der Abgabenlasten. Und die Frage der Sicherung der Renten steht in den Sternen dieser Koalition: Die größere Sicherheit für die älteren Mitbürger, die der Bundesarbeitsminister vor dem 6. März landauf/landab verkündete, ist inzwischen in einem unwürdigen Gezerre zwischen Blüm auf der einen und Lambsdorff und Stoltenberg auf der anderen Seite, zwischen den CDU-Sozialausschüssen und dem CDU-Wirtschaftsrat untergegangen. Die Rentnerinnen und Rentner müssen sich geradezu verschaukelt vorkommen.
- In der Deutschland- und Außenpolitik, insbesondere auch in der Entwicklungspolitik, ist nichts geklärt. Hier sieht Franz Josef Strauß ganz offensichtlich die Haupt- einbruchsstelle, die "Wende" der konservativ-wirtschaftsliberalen Koalition zu Lasten des freidemokratischen Koalitionspartners zu vollziehen. Unterdessen wird an den Äußerungen - zuletzt von Verteidigungsminister Wörner über die von ihm plötzlich als sehr dürftig eingeschätzten Chancen der Genfer Verhandlungen - immer deutlicher, daß diese Bundesregierung eben nicht wie ihre Vorgängerin das ganze Gewicht der deutschen Politik einbringt, um unserem gemeinsamen Interesse Geltung zu verschaffen, nämlich ein neues atomares Wettrüsten auf deutschem Territorium zu verhindern.

(-/24.5.1983/bgy/ea)

+ + +



Schluß mit den schönen Worten!

-----  
Die innere Ordnung Südafrikas gehört auf die Tagesordnung der Weltpolitik

Von Günter Verheugen MdB

Koordinator der SPD-Bundestagsfraktion für das südliche Afrika

Die Eskalation der Gewalt im Südlichen Afrika hält an. Bomben in Pretoria, Bomben auf Maputo: Damit ist eine neue Dimension im Kampf um Südafrika selbst erreicht. Das Südliche Afrika ist nicht erst seit diesen Bombardements ein weltpolitischer Krisenherd erster Ordnung. Aber weder die weißen Südafrikaner, noch ihre offenen oder versteckten Sympathisanten im Westen wollten bisher einsehen, wie große die Gefahr ist, daß am Cap ein zweites Vietnam entsteht. Stärke und Ausmaß des schwarzen Heerstandes in Südafrika strafen die offiziellen Darstellungen über die innere Situation des Landes Lügen. In der Bevölkerungsmehrheit, also unter den Schwarzen und Farbigen, schwindet die Hoffnung auf politische Einsicht mehr und mehr, das große Blutbad rückt näher.

Verantwortlich für die Zuspitzung der Lage ist die herrschende weiße Minderheit, die gerade jetzt mit einer sogenannten Verfassungsreform dabei ist, den schwarzen Bevölkerungsteil die politische Gleichberechtigung, die wirtschaftliche und soziale Chancengleichheit und selbst die Achtung elementarer Menschenrechte auf unabsehbare Zeit vorzuenthalten.

Verantwortlich sind aber auch Regierungen im Westen, die den weißen Südafrikanern das Gefühl vermitteln, im Grunde werde ihre Herrenmenschen-Attitüde ganz gern gesehen. Die südafrikanische Regierung hat die westliche Namibia-Initiative praktisch scheitern lassen, hat die fünf westlichen Staaten vor der ganzen Welt als Papiertiger bloßgestellt. Washington, London, wohl auch Paris und seit der Wende auch Bonn sind zu einem wirklich ernsthaften Druck auf Südafrika nicht bereit. Welchen anderen Schluß sollen die Unterdrückten in Südafrika daraus ziehen, als den, daß im Kampf um die Rechte der Mehrheit vom Westen nichts zu erwarten ist außer Sicherheitsratsentschlösungen?

Die innere Ordnung Südafrikas gehört auf die Tagesordnung der Weltpolitik. Das ist keine Einmischung (wie wenig Südafrika diese scheut, beweist der Angriff auf die Hauptstadt eines souveränen Nachbarstaates). Mit geduldigen Worten wird man eine Verhandlungslösung für Südafrika nicht mehr erreichen. Hier müssen massivere Mittel - wirtschaftliche und politische - eingesetzt werden. Daß eine Verhandlungslösung auch die Rechte der weißen Minderheit garantieren muß, versteht sich heute noch von selbst. Je länger die weißen Südafrikaner warten, umso schlechter werden allerdings ihre eigenen Überlebenschancen.

+ + + (-/24.5.1983/bgy/ca)



DOKUMENTATION (Teil I)

Auf einer Kundgebung im Rahmen des Internationalen Pfingsttreffens der Jungsozialisten an 21. Mai 1983 in Dachau hat der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Jochen Vogel, die folgende Ansprache gehalten:

Das Stimmkreuz für Hitler wurde zum Grabkreuz

In dichter Folge jähren sich in diesen Monaten zum 50. Mal Ereignisse, die in unsere jüngere Geschichte tiefe Spuren eingegraben haben - in die Geschichte unseres Volkes, in die Geschichte meiner Partei, aber auch in die Geschichte der Gewerkschaften und in die Geschichte der Kirchen.

50 Jahre - das ist keine kurze Zeitspanne, das ist eine Zeitspanne, die fast zwei Generationen umfaßt. Viele, die hier anwesend sind, haben die Ereignisse, von denen ich spreche, nicht mehr selbst erlebt. Sie kennen dieses Stück Geschichte aus Büchern und Artikeln, oder auch aus dem Bericht eines Verfolgten, der damals Widerstand geleistet hat. Um so wichtiger ist es, daß die Jüngeren zu dieser Kundgebung aufgerufen haben. Daß gerade sie fragen, wie das alles möglich war und ob wir vor Wiederholungen sicher sind. Oder ob Bert Brecht Recht hat, der in Bezug auf den Faschismus schrieb: "Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das krocht!"

Ich will versuchen, darauf meine Antwort zu geben. Es ist die Antwort eines Mannes, der 1933 sechs Jahre alt war, der im Zwiespalt zwischen der Verführungskraft einer alle Lebensbereiche umfassenden, scheinbar unbegrenzten Macht und wachsenden Erfolgen demonstrierenden Bewegung einerseits und individueller Kritik und partiellem Protest derer, die sich ihre Urteilskraft und ihr moralisches Unterscheidungsvermögen bewahrt hatten, andererseits allmählich sehend und wissend geworden ist, und der vor allem das Grauen des Krieges selbst noch als 17- und 18jähriger miterlebt hat und dadurch für sein Leben geprägt wurde.

Darum erinnere ich zunächst und vor allem daran, daß vor 50 Jahren, daß 1933 ein Geschehen seinen Anfang nahm, das mit der größten Katastrophe unserer deutschen Geschichte endete und das unermessliches Leid über Europa, ja über die Welt brachte. Auf dem Plakat zu den Reichstagswahlkämpfen 1932 hatten die Sozialdemokraten vorausgesagt, daß aus jedem Stimmkreuz für Hitler auf dem Wahlzettel dereinst ein Grabkreuz für einen Toten hervorgehen werde. Diese Voraussage hat sich in furchtbarer Weise erfüllt.

Als Opfer der NS-Gewaltherrschaft und des von ihr ins Werk gesetzten Krieges verloren bis 1945 über 55 Millionen Menschen ihr Leben, darunter vier Millionen Deutsche. Deutsche waren auch die ersten Opfer, die schon im Februar 1933 in den Folterkellern der SA und SS und in den Vorläufen der Konzentrationslager gequält, erschlagen, ermordet wurden. Und in diesem Gebirge von Gewalt war die Ausrottung von sechs Millionen Juden sicher der Gipfel der Unmenschlichkeit und der Perversität. Diese millionenfache Vernichtung von Leben war überhaupt das Verwerflichste und Unmenschlichste am Nationalsozialismus. Es war schlimm, daß er die Demokratie beseitigte, und es war schlimm, daß er Menschen in ihrem Willen vergewaltigt hat. Aber das Furchtbarste, das ihn am stärksten brandmarkte, war doch die massenhafte Auslöschung von menschlichem Leben. Er hat Menschen zu Dingen und Objekten erniedrigt. Er ist mit ihnen umgegangen, als ob es sich um schädliche Insekten, ja als ob es sich um leblose Gegenstände handelt.

Das KZ Dachau, von dem wir hier nur vier Kilometer entfernt sind, war einer der frühesten Schauplätze dieser Erniedrigung. Zwischen dem 22. März 1933, dem Tag, an dem das Lager errichtet wurde, und dem 29. April 1945, an dem die Amerikaner 30.000 Überlebende aus 31 Nationen befreiten, sind Zehntausende von Männern und Frauen in diesem KZ erschlagen, erhängt, erschossen oder sonst ermordet worden. Hier fanden die berüchtigten medizinischen Versuche statt, die jeder ärztlichen Ethik Hohn sprachen. Und die, die dem Grauen lebend entkamen, waren für immer in ihrem Bewußtsein, in ihrer Seele getroffen und verwundet, selbst wenn sie an ihren Körpern keine Zeichen mehr trugen. Nico Rost, selbst Häftling in Dachau, schrieb dazu in seinem Buch "Goethe in Dachau":



"Ich habe mir geschworen, alles zu tun, meine ganze Kraft dafür einzusetzen, um diese Toten später wieder lebendig werden zu lassen - in allem, was ich schreiben werde! Diese Gestorbenen müssen leben, damit die Lebenden, die nach ihnen kommen, nicht sterben müssen. Ich will am Leben bleiben, um sie wieder leben zu lassen. Ich fühle, daß diese Verpflichtung schwer auf mir lastet, doch wenn ich sie nicht mehr fühle, dann würde auch ich bereits eine leichte Beute des Todes sein."

Ich sagte: Der menschenverachtende Umgang mit dem Leben war das äußerste Merkmal des Nationalsozialismus und es war eine Antwort auf diese äußerste Menschenverachtung, daß die Bundesrepublik nicht zuletzt auf Betreiben der Sozialdemokraten zunächst 1949 im Grundgesetz die Todesstrafe und dann 1979 die Mordverjährung abgeschafft hat.

#### Das Volk Luthers, Kants und Goethes plötzlich das Volk Hitlers?

Wie konnte es dazu kommen? Wie war all das möglich? Inmitten eines Volkes, das sich auf seine Geschichte, auf seine geistigen Traditionen, auf seine kulturellen und wissenschaftlichen Leistungen, auf sein Ethos von Pflicht und Gehorsam so viel zugute hielt und auch halten durfte? Wie konnte das Volk Luthers, Kants und Goethes, das Volkes eines August Bebel, eines Ketteler und eines Friedrich Naumann zu einem Volk werden, das zumindest als Wachs in den Händen Hitlers, wenn nicht gar als Volk Hitlers erschien?

Die Versuche, das zu ergründen, füllen inzwischen Bibliotheken. Die wichtigste, heute kaum mehr angefochtene These lautet: Das war nicht allein das Werk Hitlers und seiner fanatischen und irreführenden Gefolgsleute. Es war auch nicht nur eine Folge der Wirtschaftskrise, die Hitlers Aufstieg stark begünstigte.

Möglich gemacht hat den 30. Januar 1933 auch die Verblendung reaktionär-konservativer Kräfte. Papen und die Deutsch-Nationalen waren ihre politischen Repräsentanten. Ebenso wenig ist zu übersehen, daß Teile der Industrie mit ihren finanziellen Leistungen die NSDAP nach der Novemberniederlage zumindest vor dem weiteren Abstieg bewahrt haben. Und das nicht wenige Großindustrielle offen mit Hitler sympathisierten. Auch die Mitwirkung einzelner führender Persönlichkeiten der Reichswehr hat eine Rolle gespielt. Schließlich muß man unter den Mitverantwortlichen auch Hugenberg mit seinem Medienimperium nennen, das nicht nur viele Zeitungen, sondern auch wichtige Teile der Filmproduktion beherrschte. Sie alle, nicht Hitler allein, zerstörten die Demokratie in Deutschland und die Zerstörung begann schon mit der Zügellosigkeit des politischen Kampfes, mit der Verwilderung der Polemik, damit beispielsweise, daß die Beschimpfung Friedrich Eberts und der Sozialdemokraten als "Novemberverbrecher" in den übrigen Lagern mehr oder weniger achselzuckend, wenn nicht gar mit Zustimmung, hingenommen wurde. Ja, daß Friedrich Ebert mit dem Landesverratsvorwurf förmlich zu Tode gehetzt wurde. Von den bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen der letzten Jahre, von Weimar ganz zu schweigen.

In diesem Zusammenhang darf allerdings auch die Situation der deutschen Arbeiterbewegung nicht unerwähnt bleiben, insbesondere ihre Spaltung und die verantwortungslose Politik der kommunistischen Führung. Die Kommunisten gehörten 1933 zu den ersten Opfern. Das ist die Wahrheit, die niemand unterdrücken sollte. Wahr ist aber auch, daß sie unter dem direkten Einfluß Stalins Wesentliches zum Ende der Demokratie von Weimar beigetragen haben. Ich erinnere nur daran, daß sie 1932 gemeinsam mit den Nationalsozialisten ein Volksbegehren zur Auflösung des preußischen Landtages betrieben, daß sie im November 1932 gemeinsam mit den Nationalsozialisten den BVG-Streik organisierten und daß sie damals in den Sozialdemokraten als den angeblichen "Sozialfaschisten" ihren Hauptfeind sahen.

Nicht zu übersehen ist aber auch die damalige Schwäche und Lähmung unserer eigenen Kraft. Es ist schwer für uns Heutige, über Verhältnisse ein gerechtes Urteil zu finden, über die selbst die noch lebenden Zeit-Zeugen gegensätzlicher Meinung sind. Sicher: das sozialdemokratische Selbstbewußtsein wäre gestärkt, die nationale Identifizierung mit unserer eigenen Geschichte erleichtert worden, wenn es gegen den Preußenschlag des Herrn von Papen, spätestens aber gegen die Machtergreifung Hitlers ein Fanal, einen Aufstand, ja selbst nur ein Aufbäumen sozialdemokratischen Widerstandes gegeben hätte. Aber, wer diejenigen kritisiert, denen in der damaligen Situation 100 oder auch 1.000





Tote zu viel waren, und die deshalb nicht bereit waren, das Zeichen zum Widerstand zu geben, sollte auch die deprimierend geringe Aussicht auf Erfolg und die Tatsache bedenken, daß eben doch nur Wenige das ganze Ausmaß des kommenden Verderbens klar vorausgesehen haben.

So ist die Erinnerung an den 20. Juli 1932, an den 30. Januar 1933 oder an den 17. Mai 1933, an dem eine sogenannte Friedensresolution im Reichstag mit den Stimmen der anwesenden Sozialdemokraten angenommen wurde, nicht frei von prüfenden und kritischen Gedanken, die sich auch mit uns selbst beschäftigen. Um so selbstbewußter können wir allerdings auf jenen 23. März 1933 verweisen, auf jenen Tag, an dem Hitler vom Reichstag das "Ja" zur endgültigen Auslöschung der Republik von Weimar und das "Ja" zur endgültigen Aufrichtung seiner Gewaltherrschaft verlangte, an dem Otto Wels Hitler die Sätze ins Gesicht schleuderte, die jeden Sozialdemokraten noch heute mit Stolz erfüllen, die Sätze nämlich: "Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus. Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten." Und an dem die Sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, unter ihnen Wilhelm Hoegner, Toni Pfülf, die ihrem Leben bald darauf ein Ende machten, weil sie die Unfreiheit nicht ertragen konnten, Luise Schröder, Kurt Schumacher und als einziger noch Lebender der heute 82jährige Josef Felder namentlich mit "Nein" stimmten, während nicht nur die Sozialsozialisten, sondern die Angehörigen aller anderen Fraktionen aus Verblendung, aus opportunistischem Kalkül oder auch in der vergeblichen Hoffnung, Schlimmeres abzuwenden "Ja" sagten.

Die soziale, nicht die formale, Gerechtigkeit ist unser Staatsziel

Haben wir aus all dem die notwendigen und die richtigen Schlußfolgerungen gezogen? Sind unsere Institutionen gefestigter, unsere gesellschaftliche Ordnung widerstandsfähiger und mehr auf Integration angelegt, unsere politische Kultur reifer und vor allem: Wir selbst und unser Bewußtsein verändert, geläutert und sensibler?

Auf einem wichtigen Felde bejahe ich die Frage, die ich da gerade gestellt habe. Ich meine die Neugestaltung unserer verfassungsmäßigen Ordnung.

Unsere Verfassung ist fordernder geworden, stabiler und belastungsfähiger als die Verfassung von Weimar. Sie versteht sich nicht nur als eine Sammlung von Verfahrensregeln und Rechtssätzen; sie ist auch eine wertbezogene Ordnung. Deshalb steht das Gebot, die Menschenwürde zu achten, an ihrem Beginn. Als oberster Grundsatz, als die Lehre aus der Vergewaltigung des Menschen durch den Menschen. Die Grundrechte, darunter vor allem das Recht auf Leben, sind unverbrüchlich. Die soziale - nicht nur die formale - Gerechtigkeit ist als Staatsziel postuliert. Aber auch bei der Ausgestaltung der staatlichen und politischen Institutionen zogen die Väter unserer Verfassung Konsequenzen. Das Bundesverfassungsgericht hat stärkeres Gewicht und mehr Autorität als der Staatsgerichtshof von damals. Alle staatliche Gewalt blieb dem Recht, der obersten Instanz unseres Gemeinwesens, unterworfen: Das ist der Ausdruck der Erfahrung, die Gustav Radbruch nach 1945 in den Worten zusammengefaßt hat:

"Demokratie ist gewiß ein preisenswertes Gut, Rechtsstaat aber ist wie das tägliche Brot, wie Wasser zum Trinken und die Luft zum atmen...."

Die Gewerkschaften haben ihre Zersplitterung überwunden und sich zur Einheitsgewerkschaft zusammengeschlossen. Die Kirchen stehen nicht mehr im Zweifel an der Seite der Mächtigen und im konservativen Lager. Im Gegenteil: Sie bedrängen gerade dieses Lager mit ihren Fragen. Und die bewaffnete Macht ist heute auch kein Staat im Staate mehr. Sie würde heute nicht willens und in der Lage sein, die Rolle zu spielen, die die Reichswehr damals für sich in Anspruch genommen hat.

Auch auf anderen Gebieten haben wir gelernt. Wir haben uns zu dem von Hitler geschmähten Gedanken der Völkerverständigung bekannt und ihm gemäß gehandelt. Nach Westen durch die Überwindung der sinnlosen Erbfeindschaft mit den Franzosen, nach Osten durch die Vertrags- und Entspannungspolitik der 70er Jahre. Und wir haben diese Politik gerade deshalb bei der Aussprache über die Regierungserklärung so entschieden gegen die gefährlichen Wendemanöver des Herrn Strauß und seiner Sekretäre verteidigt.

Verantwortlich: Willi Carl

